

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

1704

Mit

Kurzsettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verwan, Red. (Anst. u. Handel): J. V. Dr. jur. Albrecht Graf Montgelas, Berlin. Druck: Ullstein, Berlin. Postfach 201.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 300-305, für den Fernverkehr Am Dönhofs 306-308. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 604.

Neuer Flaggenkonflikt

Durchführung im Ausland bis 11. August

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsführung steht die erste Beratung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs über die **Flaggenordnung**, oder, wie es offiziell heißt, „**Ueber die vermögensrechtliche Auseinanderlegung zwischen den deutschen Zählern und den normals regierenden Fürstenthümern**“.

Diese erste Beratung hat praktisch wenig Bedeutung, solange nicht die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien über die Möglichkeit der parlamentarischen Durchbreitung des Gesetzes noch vor dem 20. Juni abgeschlossen sind. Der Reichstagler empfängt heute nachmittags die Führer der Regierungsparteien. Es handelt sich, wie man weiß, darum, daß eine Zweidrittelmehrheit überflüssig machen soll. Die „Präambel“ soll in der Form eines Statutenantrages der Regierungsparteien eingebracht und beschlossen werden. Die Regierungsparteien soll allein auch die einfache Mehrheit nicht fassen.

Auf die Schärftigkeit, die Unterstreichung der Sozialdemokraten zu gewinnen, ist bereits hingewiesen worden. Die von der Reichstagsführung getriebene Mitteilung, daß der Reichspräsident die Veröffentlichung seines gegen das Volksbegehren gerichteten Briefes an den früheren Staatsminister v. Seefeld genehmigt hatte, wird heute durch eine offizielle Mitteilung aus dem Büro des Reichspräsidenten bestätigt.

Der Stellvertreter des auf Urlaub befindlichen Staatssekretärs Dr. Meißner hat dem Reichspräsidenten, der gestern abend nach Berlin zurückgekehrt ist, heute Vortrag gehalten. Der Reichspräsident äußerte im Verlauf des Vortrages, daß er selbstverständlich zu keinem Beside Beside und auch keinen Veröffentlichung durch Herrn v. Seefeld nicht beanstande.

Diese Bestimmung, durch die der „Reichspräsident“ der Reichspräsidenten, wenn auch nicht im hiesigen Sinne, so doch tatsächlich zu einer öffentlichen Äußerung gezwungen wird, erfordert die Bemühungen um eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenthümern vor dem Volkswort auf außerordentlich. Man kann den Verhandlungen der Reichstagsführung und den Parteien kein günstiges Prognostikon mehr stellen. Abgesehen davon, wird die Person des Reichspräsidenten, die bisher dem politischen Streit entzogen war, in den Kampf um die Fürstenthümern hineingezogen, der dadurch nicht gemildert, sondern nur verschärfert werden kann.

Auf den Brief des Reichspräsidenten kann die Reichstagsführung nicht verantwortlich gemacht werden. Schärfe Kritik auf der einen und aber ihre Haltung in der Flaggenfrage erfahren. Das Reichskabinett hat es gestern abgesehen, einen Gesetzentwurf über die Einheitsflagge auszuarbeiten zu lassen und dem Reichstag vorzulegen. Das kann man verstehen; in der inneren Politik gibt es angeblich keine Befehlsmomente mehr.

Auf der anderen Seite aber werden jetzt **Ausführungsbestimmungen zu der zweiten Flaggenverordnung angeknüpft, die ihre allgemeine Durchführung bis zum 11. August, dem Verfassungstage, sichern sollen.** Die darin sollen sämtliche Missionen im Ausland, soweit sie noch der Bearbeitung in Frage kommen, mit den neuen Instruktionen und dem Fohndatut versehen sein, so daß am Verfassungstage — welche Frist liegt damit! — alle deutschen Missionen in übersee und in europäischen Fürstenthümern neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit dem schwarz-rot-goldenen Oberteil führen werden. (Es scheint nicht abschließend zu sein, neben diesen Flaggen auch noch die drei Einheitsflaggen zu setzen, die im Reichsministerium als Vorläufer der Reichsflaggenmarke und der Details hergestellt werden sind.)

Nach vor dem 11. August soll die Flaggenverordnung für die ausländische Missionen in Kraft treten, die deutschen Fürstenthümern erhalten. Man weiß, daß die deutsche Flotte jüngst fünfzig Böden angekauft hat, nordamerikanische sollen folgen. In Spanien ist von den deutschen Missionen neben der Reichsflagge bereits die Handelsflagge geführt worden. Das Tempo in der Durchführung der zweiten Flaggenverordnung ist unter dem Kabinett Marx also noch schneller, als unter Dauter angeknüpft worden ist! Die Verwendung und Bezeichnung, die diese Lasten auf der einen erzeugt, ist mehr als begrifflich.

Der Reichstag hat dem Reichstagsbeschlusse, das Reichshandelsgesetz in der Dienst- und Mittelschiffung zu erlassen. Ob die ganze nächste Woche stungungslos bleibt — wegen der Rotation für den Volkswort — ist noch nicht entschieden. Die Sommerferien sollen Ende Juni beginnen, spätestens aber am 2. oder 3. Juli, dann soll die Vertagung bis zum November eintreten.

Austritt Brasiliens?

Ankündigung in Rio

Redaktion der „Vossischen Zeitung“

abr New York, 8. Juni

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, kündigt „**El Globo**“ den Austritt Brasiliens aus dem Völkerbunde an. Die offizielle Notifikation in Genf werde baldig erfolgen.

19. Juni 1926

Zu den Gerüchten über die Absichten der brasilianischen Regierung, sich vom Völkerbund zurückzuziehen, erhob sich in Völkerbundkreisen, daß von einem Austritt der brasilianischen Regierung aus dem Völkerbund nicht die Rede ist. Dagegen regnet man mit der Wahrscheinlichkeit, daß die brasilianische Delegation im Völkerbundrat an den Resolutionsanträgen nicht mehr teilnimmt. Der Völkerbundrat wird also dann nur noch aus neun Mitgliedern bestehen und der Sitz Brasiliens in ähnlicher Weise offen bleiben, wie der Sitz der Vereinigten Staaten unbefüllt geblieben ist. Nach der Geschäftsordnung des Völkerbundrates wird die Abwesenheit des Rates dadurch nicht beeinträchtigt, da nach Artikel 6 der Geschäftsordnung die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder genügt, um den Rat beschlußfähig zu machen. In Artikel 8 der Geschäftsordnung ist außerdem festgesetzt, daß die Einkimmigkeit des Rates bei allen Beschlüssen, für die sie erforderlich ist, sich nur auf die in der Sitzung anwesenden Mitglieder bezieht.

Wenn also die brasilianischen Delegierten beschließen, den Sitzungen des Rates von jetzt an fern zu bleiben, so kann der Rat im September die Aufnahme Brasiliens in den Rat ohne Hindernis beschließen, da Spanien von Anfang an erklärt hat, daß der Aufnahme Brasiliens nicht widersprechen zu wollen. Es wird dann bei der Völkerbundversammlung sein, zu entscheiden, ob sie die Haltung Brasiliens als ein Verbrechen im Völkerbund durch Wiederwerb in den Rat belohnen oder sie als Erklärung des Völkerbundes durch Nichtwiderwohl Brasiliens betrachten will. Im letzteren Falle wird freilich der Nichtteil Brasiliens vom Völkerbund wohl unvermeidlich, und so ist es immerhin möglich, daß die brasilianische Delegation am Ende doch noch zum Ziele führt, indem Brasilien mindestens im September trotz seiner vorübergehenden Abwesenheit wieder in den Rat gewählt wird; wenn es dann auch seinen händigen Sitz erhält, so könnte es immerhin mit der Möglichkeit der Wiederwahl rechnen.

Der Moskauvertrag ratifiziert

Drahtmeldung

Konstantinopel, 8. Juni (D. T. B.)

Der Moskauvertrag ist von der türkischen Nationalversammlung ratifiziert worden.

Die Lehre von Mecklenburg

Der große sozialdemokratische Sieg, der in der nationalförmigen „Hochburg Mecklenburg“ am Sonntag erfochten wurde, ist das Ergebnis einer Politik, die als der Weisheit letzter Schluss seit Jahren für das ganze Reich propagiert wird.

Man hat die Sozialdemokraten durch den Bürgerblock ausgespart und das Land nach dem Rezipieren der Drogen-Preise regiert. Wenn man den höchsten Delegationen dieser Leute über die erste Mecklenburger Sozialistischer Regierungsmethoden Glauben schenkte, so müßte in Mecklenburg, das ja nach einer willkürlichen Entscheidung schon früher einmal der Sitz des Paradieses gewesen sein, die irdische Glückseligkeit ausgebreitet sein. Dieser paradiesische Zustand ist um herumschlagend zu auswirken, da in Mecklenburg, abgesehen von einigen nur von Parteigenossen geleiteten sozialistischen Blättern, die Presse ausschließlich im Fährwasser der Drogen-Politik schwimmt. Niemand kann bezweifeln, daß die gesamte Bevölkerung dem gegenwärtigen Einfluß des Organisationsbundes direkt ausgesetzt ist, ohne mit der hohen Welt und der „verehrlichen“ Großhabpreise irgendeiner in Verbindung zu kommen, so waren alle Verhandlungen in idealer Weise geleitet, die Verhandlungen einer Bürgerblockregierung hemmungslos zur Geltung zu bringen.

Am Sonntag gefordert: Der Ausfall der mecklenburgischen Wähler ist der härteste Beweis für die Auffassung, die an dieser Stelle immer wieder vertreten wurde, die Auffassung, daß die Sozialdemokratie den größten Dienst erweisen werden könnte, als die Hülfsmittel von Einfluß, aber auch von Verantwortung. Einige Ziffern:

Nach den bis jetzt vorliegenden Zählungen haben die Sozialdemokraten ihre Stimmzahl von 5.000 auf 110.000 geholt. Es haben damit zwei Fünftel der abgelegenen Stimmen erreicht, während sie bei der letzten Wahl nicht viel mehr als ein Fünftel erzielt hatten. Die Deputationsfunktion, für die sich der wirtschaftlich allmächtige Organisationsbundes, vorläufig von 65.000 nicht weniger als 33.000. Es hatten bei der letzten Wahl fast 30 n. h. der Stimmen, diesmal weniger als 20. Aber nicht genug damit; die Deputationsfunktion waren ja bisher nur bei einer Wahl gegeben, auf das die nationalförmig verpackte Macht des Organisationsbundes sich hätte. Fast ebenso fast waren die Wähler, die dieselbe Politik betrieben, nur mit etwas anderen Worten. Dieser Teil des reaktionären Herbens hat jetzt von 63.000 Stimmen kaum noch 30.000 geteilt. Die beiden reaktionären Gruppen, die vor zwei Jahren die Hälfte aller Stimmen erhielten, haben heute nicht viel mehr als ein Viertel.

Der dritten führenden Schicht reichen die Vorkämpfer der antimodernistischen Weltneuordnung durch den Zusammenbruch der Romanistik zu sein, die zusammen mit dem Reichsalltagsrat nach dem Wogen der Deputation amporgerichtet waren. Es haben 1926 fast 15 n. h. der Stimmen erhalten, diesmal kaum mehr als 6 n. h. Die Drogen-Preise hat sich in letzter Zeit mit verdächtigem Eifer bemüht, die furchtbaren Gefahren zu schildern, die dem deutschen Volk von dem angeblich unaufrichtigen Wachstum der Kommunisten drohen. Zu Pfingsten ist der Ausdruck der bolschewistischen Revolution ausgenutzt vorgebracht worden, dem auf Grund von Willkür und Wahrscheinlichkeits-Berechnungen, das zu ihrer Bekämpfung angedacht werden. Der kommunistische Front, der Beschäftigter der Firma Koch und Sauerberg, O. m. b. H., soll in einem einzigen Durchbruch des Brandenburger Tor als Befleger des kommunistischen Drogens, der die kleinen Kinder trifft, halten. Welch eine bodenlose Niedertracht von diesen Kommunisten, daß sie gerade jetzt, wo man sie notwendig braucht, so kläglich versagen, trotz der Unterstützung durch die Lokalorganisations-Preise, die den Aufmarsch des Stuten Frontmärsches als ein Ereignis ersten Ranges feiern.

Daß die Kommunisten selbst die Schwere ihrer Niederlage anerkennen, beweist eine Resolution der 3. n. h. Komites, in der die mangelfähige organisatorische Finanzierung der Partei in den „Waffen“ offen ausgedrückt wird. Als einziges Abwehrmittel weiß das Zentral-Komitee nur die „Bestätigung der freihandlichen Auswände des Parteibundes“, um empfehlen, das heißt: die Fortsetzung des Ausrottungsmaßstabes gegen die Opposition im eigenen Lager, der bereits zur Ausschließung einer ganzen Anzahl bekannter Persönlichkeiten geführt hat, die sich gegen diese Verfahren temperamentsvoll zu Wehr setzen, wie zum Beispiel der hiesige hiesige Abgeordnete Ostner, der öffentlich erklärte, er weigere sich, einem „Caudans des Hofes“ Platz zu machen.

Während so die Deputationsfunktion und ihre freiwilligen und unfreiwilligen Helfer eine schwere Niederlage erlitten haben, die für den Umbruch der Volkswort in den ganzen Reich charakteristisch ist, hat sich die Mitte gut behauptet. Sogar der Deutsche Volkspartei, die in Mecklenburg als Regierungspartei das Reime Brandenburger mitgetreten hatte und sich im Kompromittieren war. Offenbar ist die von ihrem Führer Eitelmann betriebene Außenpolitik, die es